

UMWELT

Anwohner gegen weitere Abholzungen in Bottrop

18.05.2014 | 11:00 Uhr



Gegen die Abholzungen in dem Fuhlenbrocker Waldstück protestieren die Anwohner. Sie wollen verhindern, dass weiter gefällt wird.

Foto: Ulla Emig

Der Konflikt um die Abholzung im Becker-Wald geht in die nächste Runde. Die Anwohner aus Fuhlenbrock und Oberhausen haben über 1200 Unterschriften gesammelt. Sie wollen weitere Fällungen im Becker Wald verhindern. Bei der Stadt weiß man nichts über weitere Maßnahmen.

Der Konflikt um die Abholzung im Becker-Wald geht in die nächste Runde. Wie berichtet, waren in dem Fuhlenbrocker Waldstück an der Stadtgrenze zu Oberhausen rund 150 Bäume gefällt worden. Anwohner machten gegen die Abholzung mobil – vergeblich. Jetzt befürchten sie, dass im Herbst erneut die Sägen angesetzt werden. Das wollen sie verhindern. 1256 Unterschriften gegen ein weiteres Abholzen haben sie gesammelt. Die will die Initiative direkt an den Landesumweltminister überreichen. „Wir wenden uns jetzt an eine Stelle, die Druck ausüben kann.“

Zwar gehe man davon aus, dass sich die Behörden korrekt verhalten hätten, gleichzeitig hätten sich die Anwohner gewünscht, dass politische „Regelungsspielräume“ genutzt worden wären. Deshalb haben sie einen Brief an die OB-Kandidaten geschrieben. Die Initiative will wissen, ob die Kandidaten als mögliche Oberbürgermeister „den restlosen Untergang“ des Waldes verhindern, wie sie eine Trendwende bewerkstelligen hin zu mehr Grün in dem Waldstück und wie sie den Wald vor „Spekulanten und Vandalen“ zu schützen gedenken. Außerdem möchten die Anwohner erfahren, wie „der bedrohte oder bereits verlorene Lebensraum“ für Tiere erhalten oder erneuert werden könne.

Was die Anwohner zusätzlich umtreibt: Eine Wiederaufforstung ist nicht geplant. Der Landesbetrieb Wald und Holz, der die Fläche für den Waldbesitzer betreut, setzt auf natürliche Verjüngung. Außerdem hält er sich strikt an das Landesforstgesetz. Das sieht Waldbewirtschaftung auch in Landschaftsschutzgebieten vor.

Eine Argumentation, die bei den Anwohnern sauer aufstößt. Für Martin Schulz ist es ärgerlich, dass ein Wald in einem Ballungsraum im Gesetz genauso behandelt wird wie jeder andere. Dabei komme hier dem Wald doch noch die Bedeutung als Klimaschutzzone und Erholungsgebiet zu.

Den Akteuren ist klar, dass ihre Argumentation vor Ort die Regeln wohl nicht verändern wird. Nicht zuletzt deshalb streben sie Gespräche auf Landesebene an. Dort könnte der Wald bekannt sein. Bereits 1991

musste sich der damalige Umweltminister Klaus Matthiesen mit dem Forst befassen. Er untersagte Abholzungen. Zu den protestierenden Anwohnern gehörte schon damals Martin Schulz. 1995 berichtete die WAZ dann über eine Durchforstung des Waldes.

Matthias Dünghoff